

Atomkraft im Energiekonzept der Bundesregierung

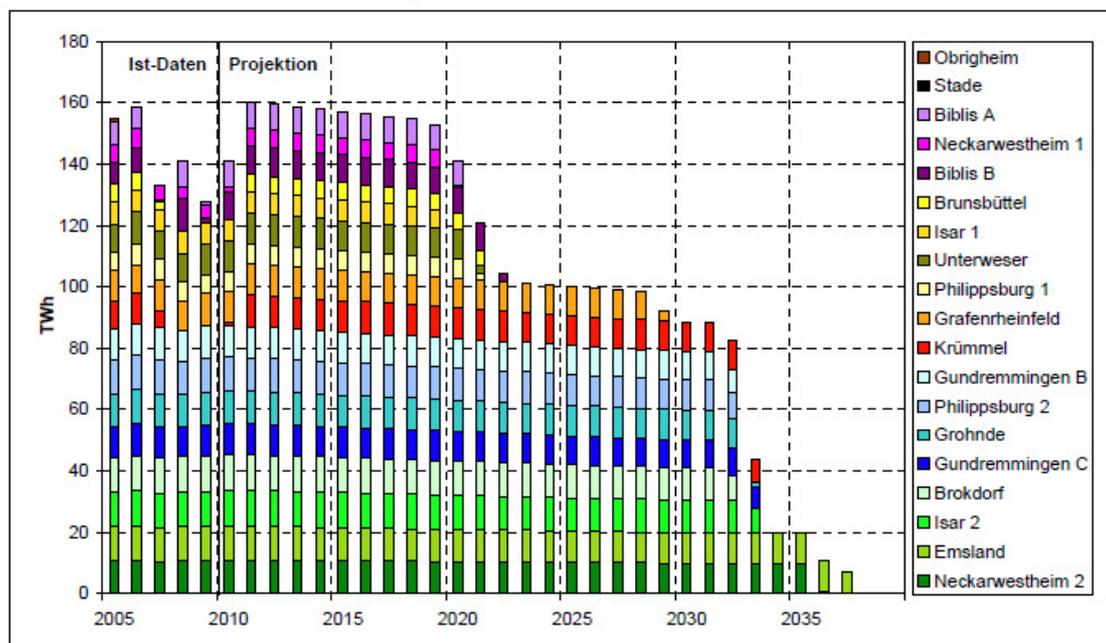
Laufzeitverlängerung ohne energiepolitischen Grund, ohne eine Lösung für den Atommüll und ohne wesentliche Sicherheitsnachrüstungen

Stand: 20. Oktober 2010

1. Laufzeitverlängerungen von 12 Jahren? Das letzte AKW geht frühestens 2037 vom Netz

Offiziell will die Bundesregierung die AKW-Laufzeiten um durchschnittlich 12 Jahre verlängern. Doch tatsächlich werden deutsche Atomkraftwerke wesentlich länger am Netz bleiben. Denn die Laufzeitverlängerung wird nicht in Jahren, sondern in Reststrommengen bemessen. Die zusätzliche Reststrommenge, die mit der aus dem Energiekonzept resultierenden Änderung des Atomgesetzes (AtG) den Atomkraftwerken in Deutschland zugestanden wird, beträgt etwa 1.860 TWh. In der Fassung des AtG 2002 stand den AKW-Betreibern ab dem 1. Januar 2000 eine Reststrommenge von 2.623 TWh zur Verfügung. Dieses Kontingent wird auf 4.480 TWh um etwa 71% ausgeweitet. Die ab dem 1. Januar 2010 noch verfügbare Reststrommenge (1.114 TWh) wird auf 2.970 TWh, d.h. um etwa 170% ausgeweitet. Das letzte AKW in Deutschland wird vor diesem Hintergrund frühestens im Jahr 2037 vom Netz gehen. Wenn die Auslastung der Atomkraftwerke durch den weiteren Zubau der Erneuerbaren Energien geringer werden sollte, verzögert sich das Abschalten weiter. Außerdem besteht nach dem Atomgesetz die Möglichkeit, dass Strommengen von alten Reaktoren auf neuere übertragen werden. Dies kann dazu führen, dass trotz angekündigter Laufzeitverlängerung von höchstens 14 Jahren auch nach dem Jahr 2040 noch Atomkraftwerke in Deutschland laufen.

Abbildung 1 Stromerzeugung der deutschen KKW nach dem Laufzeitverlängerungsmodell vom 5. September 2010



Quelle: Berechnungen des Öko-Instituts

2. Längere AKW-Laufzeiten behindern den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv

Die Bundesregierung will den Anschein erwecken, dass die Erneuerbaren trotz Laufzeitverlängerungen weiter ausgebaut werden können. Wir brauchen eine Richtungsentscheidung für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz und gegen die unflexiblen Dinosaurier von gestern, Atom- und Kohlekraftwerke. Das Gerede von Laufzeitverlängerungen als „Brücke“ zu den Erneuerbaren ist energiepolitischer Unsinn. Denn längere Laufzeiten für Atomkraftwerke behindern den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Atomkraftwerke sind technisch und wirtschaftlich nicht darauf ausgelegt, als flexibler Ausgleich für das schwankende Erneuerbare-Energien-Angebot

zu dienen. Die Bundesregierung will den Anschein erwecken, dass die Erneuerbaren trotz Laufzeitverlängerungen weiter ausgebaut werden können. Dies sieht ihr Beratergremium, der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), anders und warnt davor, dass damit das weltweit beachtete Erfolgsmodell der Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) insgesamt unter Druck gerät und sich die Bedingungen für erneuerbare Stromerzeugung verschlechtern.

Die Bundesregierung hält zwar weiter an der vorrangigen Netzeinspeisung für die Erneuerbaren Energien fest. Aber es ist offensichtlich, dass Laufzeitverlängerungen für die AKW-Betreiber nur dann wirtschaftlich sinnvoll sind, wenn diese Regelung zumindest mittelfristig fällt. Was längere AKW-Laufzeiten für den Ausbau der Erneuerbaren bedeuten können, lässt sich auch aus den Energieszenarien ersehen, die die Bundesregierung als Grundlage für das Energiekonzept bei mehreren Wirtschaftsforschungsinstituten in Auftrag gegeben hatte. In diesen Gutachten bricht der Ausbau der Erneuerbaren im Jahr 2020 ein.

3. Längere Laufzeiten führen zu mindestens zusätzlichen 5 000 Tonnen hochradioaktivem Atommüll

Längere Laufzeiten bedeuten noch einmal deutlich mehr hochradioaktiven Abfall, für den es keine Entsorgungsmöglichkeiten gibt. Schon jetzt gibt es in Deutschland etwa 6000 Tonnen hochradioaktiven Atommüll. Dies sind die abgebrannten Brennelemente aus den Atomkraftwerken. Diese lagern derzeit vor allen in den standortnahen Zwischenlagern an den AKW. Nach dem noch geltenden Atomgesetz werden bis zur Abschaltung des letzten Atomkraftwerkes im Jahr 2022 noch etwa 4800 Tonnen anfallen. Bei einer Laufzeitverlängerung kommen mit jedem Betriebsjahr etwa 450 Tonnen hinzu. Eine Verlängerung der Laufzeiten um zwölf Jahre bedeutet: Anstatt 10.800 Tonnen würden dann über 16.000 Tonnen Atommüll in Form von abgebrannten Brennelementen anfallen.

Allein die Tatsache, dass es nach Jahrzehnten AKW-Betrieb immer noch keine Lösung für den Müll gibt, verbietet es, die AKW-Laufzeiten zu verlängern. Alle bisherigen Endlagerversuche sind in Deutschland (Morsleben, Asse) dramatisch gescheitert.

4. Die Bundesregierung setzt einseitig auf den ungeeigneten Standort Gorleben als Endlager für Atommüll

Die Bundesregierung setzt jetzt wieder voll auf den Salzstock in Gorleben als potentiell Endlager. Dabei gibt es an der Eignung massive geologische Zweifel. Und es wird immer deutlicher, dass der Standort Gorleben ausschließlich aus politischen Gründen und nicht als Folge einer wissenschaftlichen Analyse ausgewählt wurde. Der Salzstock ist nach einem Gutachten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt nur maximal 1.100 Jahre dicht – doch Atommüll strahlt weit über eine Million Jahre. Es droht ein ähnliches Fiasko wie im Salzstock Asse, in den bereits nach vier Jahrzehnten Grundwasser eintritt und der Strahlenmüll damit nicht mehr von der Umwelt abgeschirmt ist.

Nach Ablauf eines zehnjährigen Erkundungsmoratoriums soll Gorleben ab Oktober 2010 weiter als Endlager ausgebaut werden. Alternative Endlagerstandorte etwa in Ton oder Granit werden nicht untersucht. Stattdessen wird alles unternommen, um Gorleben als Standort für ein Endlager durchsetzen zu können. Die Sicherheitsanforderungen für Endlager werden reduziert. Um das Projekt vor Ort gegen den Widerstand von Anwohnern und auch der Evangelischen Kirche durchsetzen zu können, sollen wieder Enteignungen ermöglicht werden.

5. Die Bundesregierung verzichtet auf versprochene AKW-Sicherheitsnachrüstungen

Jene Atomkraftwerke, die nach dem Atomkonsens von Rot-Grün eigentlich in den nächsten Monaten und Jahren abgeschaltet werden sollten, wurden in den 1970er Jahren gebaut. Je älter die Kraftwerke werden, um so mehr häufen sich die Störfälle. Und spätestens seit dem 11. September 2001 hat die Bedrohung der AKW durch Terroranschläge zugenommen. Gegen einen gezielten Flugzeugabsturz sind die Anlagen gar nicht oder nicht ausreichend geschützt.

Doch nach den Plänen der Bundesregierung sollen die alten Anlagen von höheren Sicherheitsanforderungen praktisch ausgenommen werden. So soll der Schutz vor Flugzeugabstürzen zum Beispiel erst in zehn Jahren nachgewiesen werden müssen – damit können die alten Meiler, die nach den Plänen der Bundesregierung acht Jahre länger am Netz bleiben dürfen, bis zum Ende ohne entsprechende Nachrüstungen weiterlaufen.

Mit der Behauptung eine „zusätzliche Sicherheitsstufe“ auf die schon vorhandenen Anforderungen aufzusetzen hat der Bundesumweltminister die Einfügung eines neuen Paragraphen 7d im Atomgesetz („Weitere Vorsorge gegen Risiken“) gerechtfertigt. Die Bundesregierung versucht den Eindruck zu erwecken, damit würde ein „Mehr“ an Sicherheit bewirkt. Tatsächlich wird jedoch der bestehende Sicherheitsmaßstab des Atomgesetzes verwässert und werden Klagerechte betroffener Bürger abgeschafft.

6. Die Gewinne bleiben bei den Konzernen

Die Zusatzgewinne der AKW-Betreiber betragen in Strompreisen von 2010 rund 94 Mrd. € (unter der Annahme moderat steigender Strompreise in den nächsten Dekaden). Über die verschiedenen, im Rahmen der Umsetzung des Energiekonzeptes vorgesehenen Mechanismen sollen davon knapp 27 Mrd. € (real) abgeschöpft werden. Davon sollen – auf Basis freiwilliger Vereinbarungen mit den AKW-Betreibern – etwa 14 Mrd. € (real) in einen Energieeffizienz- und Klimaschutzfonds eingezahlt werden, davon allerdings nur ca. 1,3 Mrd. € im Zeitraum bis 2016 abgeschöpft werden. Insgesamt verbleiben damit etwa 15% der (realen) Zusatzgewinne – auf freiwilliger Basis – für Zwecke der Energieeffizienz und des Klimaschutzes. Ein Anteil von etwa einem Prozentpunkt (1,3 Mrd. €) wird ggf. vor 2017 verfügbar sein.

Sollten den Betreibern höhere Kosten für Sicherheitsnachrüstungen über 500 Mill. € pro Jahr entstehen, reduziert sich die Summe, die an den Staat abzugeben ist, weiter.

Tabelle 2 Zusatzprofite der KKW-Betreiber durch Laufzeitverlängerungen und geplante Abführung der Zusatzprofite nach dem Verhandlungsergebnis vom 5. September 2010, moderat steigende (reale) Strompreise

	Zusatzprofite ab 2011	Kernbrennstoffsteuer 2011/2016	Freiwillige Zahlung 2011/2016	Gewinnausgleich ab 2017	Saldo für KKW-Betreiber	Abschöpfung der Zusatzprofite
Mio. € (nominal)						%
EnBW	26.549	-2.855		-3.560	20.135	24%
RWE	32.814	-3.636		-4.450	24.729	25%
E.ON	53.456	-5.545		-7.012	40.899	23%
Vattenfall Europe	9.042	-924		-1.213	6.905	24%
Andere	4.697	-402		-680	3.615	23%
Summe	126.559	-13.362	-1.400	-16.914	94.883	25%
Mio. € (2010)						%
EnBW	19.658	-2.662		-2.675	14.321	27%
RWE	24.233	-3.391		-3.345	17.498	28%
E.ON	40.266	-5.171		-5.330	29.764	26%
Vattenfall Europe	6.756	-861		-920	4.974	26%
Andere	3.374	-375		-508	2.491	26%
Summe	94.288	-12.461	-1.313	-12.779	67.736	28%

Quelle: Berechnungen des Öko-Instituts

7. Der BUND fordert: Acht AKW sofort abschalten und Atomausstieg beschleunigen

Die deutschen Atomkraftwerke könnten problemlos durch Erneuerbare Energien ersetzt werden. Vor kurzem erst hat der BUND aufgezeigt, dass allein mit verstärkten Aktivitäten zur Reduktion des Stromverbrauchs sich bis 2020 sechs AKW zusätzlich einsparen ließen. In einer neuen BMU-Prognose geht selbst das Röttgen-Ministerium davon aus, dass der Ökostromanteil noch vor 2022 auf über 40 % ansteigen wird. Die Branche der Erneuerbaren Energien prognostiziert sogar einen Anteil von 47 % schon im Jahr 2020.

Wenn der Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter voranschreitet und endlich ernst gemacht wird mit der Reduktion des Stromverbrauchs, dann kann der Atomausstieg deutlich beschleunigt werden.

Außerdem erzielte Deutschland im ersten Quartal 2010 mit gut 9 Milliarden Kilowattstunden den höchsten Strom-Exportüberschuss seiner Geschichte. Damit wurde im ersten Quartal 6,7 Prozent mehr Strom erzeugt als verbraucht – obwohl die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel nicht eine einzige Kilowattstunde produziert hatten. Ohne Probleme mit der Stromversorgung zu bekommen können die acht ältesten und gefährlichsten AKW – Brunsbüttel, Isar 1, Philippsburg 1, Krümmel, Neckarwestheim, Unterweser, Biblis A und Biblis B – sofort stillgelegt werden.

Kontakt und weitere Informationen:

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Thorben Becker

Leitung Referat Energie

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Tel.: 030/2 75 86-421

thorben.becker@bund.net

www.bund.net